

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
25 (1911)**

213 (12.9.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-554883](#)

Vorddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58. Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Wittenstraße 21. Fernsprecher 530.

Das Vorddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonnabend gegen 10 Uhr und gleichzeitig mit dem Vortagsblatt für einen Monat jährlich 2,25 M., bei Weihnachten 2,50 M., bei Weihnachten 2,50 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pf., einschließlich Versandkosten.

— Mit — Sonntagsbeilage. Interessante die fünfgeholte Rorupspille oder deren Name für die Interessenten in Württemberg-Württemberg in Umgang, sowie die Tafeln 15 Pf., für sonstige auswärtige Interessenten 20 Pf.; bei Weihnachten entsprechender Rabatt. Würden Anzeigen aus kleinen als der Grundherrschaft gezeigt werden, so werden sie auch nach erster berechnet. Würdigung 50 Pf.

25. Jahrgang.

Nüstringen, Dienstag den 12. September 1911.

Nr. 215.

Der Massenstreik des Kapitals.

Während die „Vord. Allg. Ztg.“ am letzten Sonnabend gegen die angeblichen landesvertretlerischen Massenstreiks, die den üblichen Entlastungsmaßnahmen des Proletariats die tatsächliche Befreiung aus der Kriegsgefahr bringen, waren schon längst am Horizont der deutschen Wirtschaft Anzeichen aufgetreten, die auf einen nahenden Massenstreik ganz anderer Art schließen lassen, einen Massenstreik des Kapitals. Deroute der Berliner Börsen, Run in Magdeburg, Eisen, Königsberg, Friedrikshagen bei Berlin! Die Späte, von Kriegsangst geschüttelt, durch unsittige Ausschreitungen der Kriegsbevölkerung aufgerüttelt, stürmen die Sparkassen, fordern ihre Einlagen zurück und – verwirren die Annahme von Papiergeld!! Der schönste Hundertmarkchein mit dem Wappenpräsidium des „Hundertalers“ und seinen Unterschriften des Reichsbankdirektoriums wird mithin kaum zufrieden. Gold, Gold ist das einzige Schere, das müssen ja auch die Franzosen gelten lassen, wenn sie nach Königsberg kommen!

Zugleich verzehlt die Berliner Börsen einen schwarzen Sonnabend. Die Kurse weichen nicht mehr blos, sie gleiten, rutschen, stürzen, und trotz aller Beruhigungsversuche nachgebender Stellen, trotz der offenen Tatsache, daß ein erster Grund zu Befürchtungen gar nicht vorhanden ist, greift die Panik um sich, in der allgemeine Niedergang nicht anhalten. Bankaktien, Montanwerte, Industriepapiere aller Art notieren im Handumdrehen um mehrere Prozente niedriger und die Interventionskläufe des Reichsbankamtes verhindern das Sintern auch der heimischen Anleihen nicht ganz zu verhindern. Niedergang auf den ganzen Linie!

Dieses Gedanken kapitalistischer Angstmeier und Bangbalken ist lächerlich und lächerlich. Aber mit stützlichen Verurteilungen dieses um seinen Mammon gebotenen Patriotenstaates, wie man sie heute auch in offiziösen Blättern lesen kann, wird die Gefahr nicht aus der Welt gehaft. Heute steht sie doch die Sorge der Überzeugungskräfte, morgen werden sie auch die Müttergarde nicht zu entziehen vermögen, und übermorgen kann sie zur Katastrophe für alle werden! Greift die Panik um sich, wiederholen sich die Kursschlüsse, zieht sich das Kapital aus den wirtschaftlichen Unternehmungen in den elterlichen Sportkasten zurück, in dem die Bauern in alter Zeit beim Herannahen der Kriegsgefahr ihre Schäfe zu vergraben pflegten, dann wird das Gold teuer und knapp, die Unternehmungskräfte sinkt bis auf den Nullpunkt, die Industrie gerät ins Stocken. Indessen berät der Sitzungstag über Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit. Das Thema ist vielleicht zeitgemäßer als mancher ahnt.

Die Lebensmittel sind teuer und werden immer noch teurer. Die Waffen müssen ihr Entkommen bis auf den letzten Rest dazu verwenden, die nackte Existenz zu fristen, für alles, was nur entfernt nach Luxus aussieht, bleibt verschwiegene wenig übrig. Die Bauern haben gleichzeitig keinen Überfluss, den sie auf den Anlauf von Industrieprodukten verweben mögen, alles in Stadt und Land lädt sich auf das Notwendigste ein. Tritt dann noch zursteuerung, zur Gefahr der Abholzung, eine Kriegspanik mit all ihren finanziellen Folgen, wie wir sie jetzt in ihren Entwicklungen beobachten können, dann ist das Ende nicht abzusehen.

Die Kunst der Diplomatie ist nahe daran zu zerlegen, wie man im Frieden elend gefangen werden kann. Schließlich wird man sich ja höchstens, vermutlich, wohlaufend, höchstwahrscheinlich, ja sozusagen gewiß friedlich verständigen, aber bis dahin kann die deutsche Volkswirtschaft mühseligste Ideen Verluste erlitten haben, die denen eines verlorenen Krieges gleichkommen. Sie richten ihren Ehrgeiz darauf, die innerstaatlichen Sumpfe richtig aufzutunen, die politischen Zugehörigkeiten und wirtschaftlichen Konstellationen in Marokko gewissenhaft gegenüber abzuhauen.

Doch an einen Krieg um Marokko nur Schwachsinnige oder Verbrecher denken können, sieht man allgemein fast überall ein. Aber der Untergang dieser sich monatelang hin-schleppten Verhandlungen, mit ihrem Schachern und Fummeln, ihren halb ausgesprochenen Drohungen und angedeuteten äußersten Beschwörungen ist keineswegs schon nicht minder schlimm. Alle Zeichen der wirtschaftlichen Lage mahnen zum schleunigen Abzughub der Verhandlungen. Wenn Herr Adelstein-Wachter ein Stück Kongo und eine Bahnbauktion weniger erhält, als er gerne möchte, so wird das deutsche Volk den Eingang dieses zweitelschten Gewinnes umso lieber ertragen, als es dadurch vor ungwehrbaren, toxischen Verlusten bewahrt werden kann.

Den Auswärtigen Amt ist die Befreiung vom letzten Sonnabend sehr in die Augen gefahren. Die Schwächigungsstrategie arbeiten angestrengt, und der Staatssekretär des Auswärtigen selbst hat sich dazu herabgelassen, einem Berliner Bantengewaltigen zu versichern, daß kein

Grund zur Beunruhigung besteht. Die wirtschaftlichen Vorgänge der letzten Tage haben also auch an den leitenden Stellen die Müllerei zur Befreiung gefordert und die Friedensstimmung geholt. Es wäre ein artiger Witz der Weltgeschichte, wenn der Frieden, der ja nach der ungünstigen Behauptung offizieller Denunzianten durch proletarische Massenstreidrohungen gefährdet werden soll, gefährdet würde durch den drohenden „Massenstreik“ des Kapitals!

Politische Rundschau.

Nüstringen, 11. September.

Das Volksparlament in Jena.

In der alten Universitätsstadt Jena ist am gestrigen Sonntag der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratie eröffnet worden. Ein Bericht hierüber fehlt uns zur Stunde noch. Wieder wie im Jahre 1905 findet der Parteitag in dem prächtigen Volkshaus statt. Die außerordentlich wichtige Sitzung des Moments, in welcher das flaschenbewehrte Proletariat Deutschlands zu seiner diesjährigen Tagung zusammenkommt, bringt es mit sich, daß der Parteitag von 1911 ungewöhnlich stark besucht sein wird. Zahlreiche Delegierte waren bereits am Freitag und Sonnabend eingetroffen; viele nahmen an den Verhandlungen der Frauenkonferenz, die im Gewerkschaftshaus stattfanden, als Mitglieder oder Gäste teil. Schon am Freitag Abend ist auch Bebel angetreten. Bekanntlich hat Genosse Bebel das Referat über die bevorstehenden Reichstagswahlen übernommen, das sicherlich im Zentrum der Parteitagsverhandlungen stehen wird. Der Reichstagswahlkampf ist die nächste große Aufgabe, die das Proletariat erwarten, und gerade im Hinblick auf die Notwendigkeit, kurz vor dem Entscheidungskampfe eine Musterung über die organisierten Streitkräfte der deutschen Sozialdemokratie zu veranstalten, ist das zentral gelegene Jena zum Parteitagsort gewählt worden.

Die Bedeutung des Parteitages von 1911 erschöpft sich aber nicht mit der Vorbereitung zu den Reichstagswahlen. Wie alljährlich, richten die mit der Leitung der Parteischäftsdebaustragten Anfänger der höchsten Parteileitung ihre Berichte ab, aus denen sich wiederum ein erfreuliches Wachstum der Bewegung ergibt, die an Kraft wie an Tiefe von Jahr zu Jahr zunimmt. Neben die Reichsversicherungsordnung referiert der auch von gegnerischer Seite als vorzüglicher Kenner dieser verfeindeten Materie allgemein anfahrene Genosse Molkenbuhr. Die Reichsversicherungsordnung ist zwar parlamentarisch erledigt, aber sie ist, wie Genosse Bebel soeben auf der Frauenkonferenz sagte, agitatorisch noch längst nicht erledigt; sie wird dazu beitragen, noch in den verschiedenen Teilen besonders der weiblichen Bevölkerung die Augen über das wahre Wesen der kapitalistischen Parteien zu öffnen. Selbstredend wird auch die Moroßfrage eine Rolle in den Verhandlungen spielen und das Parlament der Proletarier Deutschlands wird nicht verscheuen, in dem Ruf nach dem Volkerfrieden, in den Schlachtruf gegen die Kriegsbevölkerung einzutreten, das begeisterte Gelübde der Volksolidarität zu wiederholen, das bereits in allen Teilen Deutschlands Millionen von Proletariern und Proletarientinnen in riesenhaften Versammlungen abgelegt haben.

So wartet denn eine reiche Fülle der allerwichtigsten Aufgaben auf den Parteitag von 1911, der, wie nicht zu bezweifeln ist, sich in jeder Beziehung seines Vorgängers würdig erweisen und einen neuen Meilenstein auf dem Wege bilden wird, der die Arbeiterschaft und mit ihr die Menschheit einer besonderen Zukunft entgegenführt.

Zum Marokkostreit.

Der Sturm auf die Sparkassen nimmt einen immer größeren Umfang an. In dem Berliner Vorort Friedrichshagen hat ein Lehrer den Kindern u. a. auch von der Marokkoeffe erzählt und die Kinder haben schamlos den Eltern mitgeteilt, daß ein Krieg in Aussicht stehe. Die Folge war, daß in dem Orte eine kleine Panik entstand, die Verteidigung nach der Sparkasse und haben ihr Gutshaben ab. – In Königsberg dauert die Jurisdicition der Einlagen auch weiter an; der beruhigende Versicherung des Vorstandes der Sparkasse wird ein Ende nicht begegnen. – Auch in Essen (Ruhr), dem Hauptort der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, die seit Wochen in der gewissenlosen Weise zum Kriege hält, entstand in der Bevölkerung eine gewalige Aufregung, nachdem die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ durch Extrahalt die erfolgten Radikalität hatte verbreiten lassen, daß die Verhandlungen mit Frankreich abgebrochen werden seien. An der dortigen städtischen Sparkasse sind infolge dieser niederrücktigen Tidbits in kurzer Zeit etwa 200.000 M. von den Sparsamen abgehoben worden. Viehach haben die Deutschen

sich auch geweigert, Papiergeld anzunehmen, weil sie fürchten, daß die Reichskasse keine im Falle einer Kriegserklärung sofort ziemlich wertlos werden müssten.

Die Reichsanleihe zeigen eine sinkende Tendenz. Wie mitgeteilt wird, ist ein weiterer Fall der Kurse nur dadurch verhindert worden, daß das Reichsamt grobe Räume vornehmen ließ. Wie die „Polt“ versichert, war das Reichsamt nur deshalb in der Lage, diese Interventionskäufe vornehmen zu können, weil ihm die vielen Millionen aus der Reichsmünzreform zugestossen sind. Ob letztere Nachprüfung der Wahrheit entspricht, ist nicht ohne weiteres zu entscheiden, denn was die „Polt“ in der gegenwärtigen Situation verbreitet, darf wohl zum größten Teil als erlogen eingestuft werden.

Die Stimmung auf dem Geldmarkt.

An der Berliner Börse machte sich am Sonnabend eine überaus bedrückende Stimmung bemerkbar, die ihren Ausdruck darin fand, daß eine ganze Anzahl Papiere um 5 bis 6 Prozent gefallen sind. In Hannover waren die Stimmung außerordentlich pessimistisch, hauptsächlich wohl deshalb, weil die Nachrichten über den Gang der Marokkoverhandlungen sich fortgesetzt widersprechen, und weil es vor allen Dingen die Regierung offenbar unter ihrer Würde hält, der Öffentlichkeit endlich einmal klar und bündig Auskunft zu geben.

Warum Krieg?

Die „Adm. Ztg.“ äußert sich unter dieser Frage über die gegenwärtige Situation und kommt zu dem Schluß:

„Selbst wenn die heutigen Verhandlungen scheitern sollten, hätte Deutschland keinen Grund, gegen Frankreich zu Felde zu ziehen. Deutschland müßte sich allerdings auf den Vertrag von Algeciras zurückziehen und bei dieser Gelegenheit seine wirtschaftlichen Interessen nachdrücklich geltend machen. Dieser Ausgang wäre für den Frieden eine unablässige Bedrohung. Niemand könnte die Bürgerheit übernehmen, daß über die fortgesetzten Verhandlungen nicht doch schließlich ein Krieg ausbreche. Das weiß man in Frankreich so gut wie in Deutschland. Man wird daher die sehr wohl überlegen, ehe man die großen Vorzeile der deutschen Vorschläge aus der Hand gibt.“

Die neueste Tatsachenmeldung.

Aus ihrer genügend berichtigten Pariser „Zusätzlichen Quelle“ läßt sich die „Polt“ schreiben, daß für den Fall, wenn die Unterhandlungen in Berlin nicht zu einem glänzenden Resultat führen sollten, die Reserveflotte, die am 25. d. M. entlassen werden sollten, weiter unter der Fahne bleiben. Sollten die deutsch-französischen Verhandlungen abgebrochen werden, so würden Frankreich und England keinen Moment zögern, auch Kriegsschiffe nach Agadir zu entsenden. Man höfft jedoch, daß solche Maßregeln sich nicht als notwendig herausstellen werden. In verschiedenen Kreisen führt man darüber Klage, daß Frankreich bei den heutigen Verhandlungen schon zu großen Zugeständnissen an Deutschland gemacht habe.

Diplomatische Beratungen.

In Berlin stehen die ausländischen Diplomaten die Köpfe zusammen. Der französische Botschafter Paul Cambon bat eine lange Unterredung, und unter den anderen Botschaftern befanden sich der russische und der italienische Botschafter.

Beschleistung marokkanischer Küstenabsätze durch spanische Kanonenboote.

Der spanische Premierminister gab am Sonnabend bekannt, daß die Kanonenboote „Infante Albel“ und „Conejo“ die Marokkobücher an der Küste von Alhucemas beschlossen haben. Von den Kriegsschiffen aus hat man deutlich die feindliche Wirkung der Geschütze bemerkt. Die Marokkaner erwiderten die Beschleistung durch heftiges Geschützfeuer, jedoch erreichten die Angels die spanischen Schiffe nicht. Heute sollte die Beschleistung fortgesetzt werden, es traf jedoch Gegenbefehl ein, daß der Kolo Bacht mit den Alhucemas-mauern zwecks Unterwerfung verhandelt.

Weitere beruhigende Meldung.

Aus Hamburg wird dem „Ber. Ztg.“ berichtet: Auf der Unterseite des Brunnhauses wurde dieser Tage ein Transport schwerer Munition auf einen nach Marokko gehenden Dampfer überladen. Die Munition stammt aus dem Artilleriedepot in Stade und ist für den vor Agadir liegenden kleinen Kreuzer „Berlin“ bestimmt.

Das „Erforderliche“ gegen die Spanier.

Was für brave Deute die preußischen Minister sind, kann man wieder einmal mit Genugtuung in ihrem eigenen Blatte sehen. Sie haben die Köpfe zusammengetestet, um



über die Lebensmittelsteuerung zu beraten, und haben sich, grobmutig, wie sie nun einmal sind, entschlossen, „das Erforderliche“ zu tun. Der Roßstand ist damit natürlich — wenigstens auf dem offiziösen Papier — besiegelt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

„Alle Möglichkeiten, von denen man sich in dieser Hinsicht einen Erfolg versprechen kann, sind eingehend erwogen worden. In der bevorstehenden Sitzung des Staatsministeriums wird über die Ausführbarkeit und Zweckmäßigkeit der einzelnen Vorschläge entschieden und das danach Erforderliche gleich veranlaßt werden. Es steht zu hoffen, daß es dem einmütigen und uneinnehmbaren Zusammenspiel aller berufenen Staatsräte und volkswirtschaftlichen Kräfte gelingen wird, dem Lande über die Folgen dieses verhängnisvollen Sommers hinwegzuhelfen. Wir bedauern, daß hier und da verlustigt wird, die durch ein elementares Ereignis hervorgerufen. Rot, das zunächst die landwirtschaftlichen Produzenten in den von der Dürre leidenden Landestellen trifft, aber auch in jedem Haushalt durch die Besteuerung der Lebensmittel spürbar wird, zur Belästigung unserer Wirtschaftspolitik auszunehmen. Wie wenig unser volkswirtschaftliches System für den gegenwärtigen Notstand verantwortlich gemacht werden kann, zeigt am besten die Tatsache, daß die Folgen der ungewöhnlichen klimatischen Erscheinungen dieses Jahres sich mit gleicher und größerer Härte auch da gelten machen, wo die Wirtschaftspolitik auf anderer Grundlage beruht.“

Nach der Post gewöhnlicher Menschen tut man „das Erforderliche“ gegen den Hunger, wenn man etwas Ordentliches zum Essen herausschafft. Die preußischen Minister aber sitzen die hungrigen Mägen mit Lobsprüchen auf die „bewährte Wirtschaftspolitik“, unter der wir es so herzlich weit gebracht haben. Alles feine Tüter, Blech, Fleischfleische, Aufzehrung der Ausfuhrpämäne für Getreide usw. das sind ja alles kostbare Bestandteile der bewährten Wirtschaftspolitik, an der nicht gerüttelt werden darf. Man nähert das Volk mit Worten der Weisheit gleich jenem Worte, daß die Wirtschaftspolitik an den „ungeheuren Unwettern und Klimaschwankungen dieses Jahres“ nicht schuld sei. Aber darüber schweigt man, daß das, was durch die Wissenschaft schon neuer gesagt ist, durch Zölle noch verteuert wird! Das Volk mög das Lob der Regierung singen, die „das Erforderliche“ tut, und — weiter hungern!

Mit Ausländern macht man nicht viel Geschichten.

Eine Geschichte, die man für unmöglich halten möchte, spielt sich eben nicht in Preußen, erzählt ein Sekretär des Bundes der technisch-industriellen Beamten, Herr Rittner, im „Freien Volk“:

Bei der Firma Teichert & Sohn in Siegen, die Maschinen für die Holzabarbeitungsbranche fertigt, hatten die technischen Angestellten schon sehr über die lange günstige Arbeitszeit zu klagen. Der heile Sommer dieses Jahres bewog endlich den Firmeninhaber, vorübergehend eine Verkürzung um eine Stunde einzutreten zu lassen. Der gute Erfolg dieser Maßregel auf die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsentbehrung der Angestellten ermutigte nun diese, um dauernde Verbehandlung der verlängerten Arbeitszeit zu pionieren. Die Schreiben enthielten keine Streitdrohung, sondern appellierte in ruhigen Worten an die Einsicht des Chefs. Trotzdem erhielten tags darauf sämtliche Unterzeichner des Schriftstückes ihre Ablösung zugestellt.

Diese war jedoch nicht ernst gemeint, sondern nur zu dem Zweck ausgesprochen, die Angestellten einzuschließen.

Besonders auf einen jungen Teichert S. hatte es Herr Teichert abgesehen. Da er die Jüngste im Bureau und der Schlechtabteilung des Schreibzweigens war, erwartete er von ihm besondere Unterwertheit. Über der junge Mann blieb allen Vorstellungen und Drohungen gegenüber fest.

Da verlorst der angenehme Chef auf einen anderen Wissens: S. ist nämlich Deutsch-Oesterreicher, also ein Ausländer. Und fungs droht ihm Teichert: „Wenn Sie nicht aus dem Lande austreten und zu den alten Bindungen bei mir weiter arbeiten, werde ich dafür sorgen, daß Sie ausgewiesen werden.“

Wenige Tage darauf erhält S. eine Vorladung auf das Polizeibureau. Die erste Frage, die man ihm vorlegt, lautet, charakteristisch genug dafür, wie man dort informiert ist: „Sie sind auch an dem Streik der Firma Teichert beteiligt?“ Vergleichlich suchte S. auseinander zu legen, daß von einem Streik gar keine Rede sein könne, da ja der Chef den Angestellten gefüllt habe. Der Beamte, der offenbar nicht das geringste Verständnis für wirtschaftliche Dinge hat, erklärt zügig: „Mit Ausländern macht man hier nicht viel Geschichten, wenn Sie herkommen, um andere anzubeten.“ Kurz und gut, S. wird die Ausweisung angedroht, falls er sich seinem Chef nicht füge.

Diese Drohung zieht. Um einer solchen Zwangsmäßregel, die sie ihm eine schwere Gefährdung seiner wirtschaftlichen Existenz bedeutet, zu entgehen, bietet S. dem Chef seine Unterwertheit an. Aber gleich darauf packt ihn die Rute und in einem zweiten Schreiben an die Firma erklärt er, daß er es nicht über das Herz bekommen könne, seinen Kollegen und seiner Organisation die Freiheit zu verbieten.

Nichts ist charakteristischer als die Art und Weise, wie der Chef diesen Beweis von Charakterfestigkeit bei seinem Angestellten wägt. Wulfsnauend kommt er in das Bureau gestrahlt, in dem der Angestellte arbeitet. „Wie können Sie es wagen, mir einen solchen Brief zu schreiben?“ faucht er ihn an. Und ohne eine Antwort abzuwarten, überdrückt er den Angestellten mit einer Güt unsäglicher Schimpfwörter, packt ihn an der Brust, mißhandelt ihn Körperlich und wirkt ihn mit Hilfe eines Praktikums, eines Deutschnationalen Handlungszwecks, zur Tür hinaus. Als der Angestellte noch einmal eintritt, um

seine losartige Ablösung auszusprechen wiederholt sich der Vorgang.

Sowohl der Arbeitgeber. Und die Polizei? — Noch sind nicht acht Tage seit jenem Vorfall vergangen, da hat S. keinen Auswirkungsbeweis!“

Gegen den widerlichen Chef ist Anzeige wegen Expressum erstatzt worden. Mit welchem Erfolg wird abzuwarten sein?

Was geschieht aber der „unparteiischen Schiede“, die sich aus Viehbestand für das allmächtige Unternehmertum zur Gehilfe einer strafbaren Handlung macht? Und wird die österreichische Regierung diese trotz aller Vorstellungen und Beschwerden fortgesetzte übermäßige Abhandlung ihrer Staatsangehörigen hilfloswiegend hinnehmen? Am Ende könnte der österreichische Botschafter in Berlin doch an die preußische Regierung in Berlin die freundliche Anfrage richten, ob sie es für richtig, anständig und tugdhaft, in einer Zeit internationaler Spannung den leichten Bundesgenossen, der noch treu geblieben ist, in so schändlicher Weise zu behandeln? Was wird Herr von Behmann-Hollweg darauf antworten?

Deutschland Reich.

Berlin, 11. September. Das Statistische Landesamt veröffentlicht die vorläufigen Ernteschätzungen für die wichtigsten Agrarprodukte und für Kartoffeln in Preußen nach dem Stande von Anfang September 1911. Danach ist zu erwarten an Winterweizen ein voraussichtlicher Ertrag von insgesamt 2 163 253 Tonnen (pro Hektar 2,09 Tonnen gegenüber der 1910 erzielten Mittelernte von 2,15), an Sommerroggen 2 620 793 To. (pro Hektar 1,88 gegen 2,27), an Winterroggen 8 388 791 Tonnen (pro Hektar 1,80 gegen 1,69), an Sommerroggen 6 330 2 Tonnen (pro Hektar 1,21 gegen 1,25), an Sommergerste 1 585 940 Tonnen (pro Hektar 1,91 gegen 2,05), an Hafer 5 048 967 Tonnen (pro Hektar 1,79 gegen 1,95), und an Kartoffeln 22 567 719 Tonnen (pro Hektar 10,05 gegen 14,45).

Nette Flottenvorlage. Der konkurrenz „Schlesischen Zeitung“ wird laut einem Privattelegramm aus bester Quelle verliefert, daß eine über das geliebte Flottenvorlage hinausgehende Flottenvorlage in der nächsten Reichstagssession nicht zu erwarten ist. Die Reichsregierung halte an dem jetzt beschlossenen Gesetz fest und bedächtigste nicht, mit einer neuen Flottenvorlage über das gegenwärtige Gesetz hinzuzugehen. — Die arge Flottentreiber lädt auf etwas anderes schließen!

Erzberger, die Hoffnung der Schornmacher. In der Deutschen Tageszeitung vertheidigt Herr Erzberger abermals einen Bandarist, in dem er die Verhinderung der Seefahrt gegen die Sozialdemokratie verlangt. Zunächst müßten die beteiligten Gehefe mit aller Schärfe angewendet werden. Aber: „Sollten die Eingriffe erfolglos bleiben, sollten die Gehefe verfolgen (!), dann würde man sich entschließen müssen, an eine Rendition der Seefahrt heranzutreten und die in Betracht kommenden Bedingungen so zu verschärfen, daß frohe und freudhafte Neuerungen der Vaterlandslosigkeit getroffen werden. Äußerlich ist das erfreulicherweise von einem Zentrum abgegrenzt, das genauso gefordert worden. Die Regierung würde also bei einem entsprechenden Vorgehen sicher die erforderliche Unterstützung im Reichstage finden.“ — Herr Erzberger, der kleine Zentrumsdemokrat, ist heute die stärkste Hoffnung aller Schornsteindealer im deutschen Reich und Amtsentwurfes dräiderlicher Feind. So entwickelt sich das Zentrum immer mehr zur „wahren Volkspartei“!

Appell des Monitionsbundes an die Reichstagswähler. Die in Hamburg tagende Hauptversammlung des Deutschen Monitionsbundes sieht im Hindernis auf die bevorstehenden Reichstagswahlen an ihre stimmberechtigten Mitglieder und Anhänger die dringende Mahnung, nur solchen Abgeordneten ihre Stimme zu geben, die ihre Gewalt bitten, die sie sich mit allen Kräften einlegen werden, die in den Versammlungen der einzelnen Länder verfügbare Gewissensfreiheit auch endlich zur Durchführung zu bringen, die Bewegung für Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche ledhaft zu propagieren, vor allem die unverhütbare Gewaltigung des Elternhauses in Form der konfessionellen Zwangszerziehung der Kinder mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen. — Wer die politischen Parteien kennt, wird finden, daß diese Forderungen konsequent und nachhaltig nur die sozialdemokratische Partei verfehlt und daß deren Randsatzen daher die Unterstützung verfehlt.

1000 Mark unter dem Christenminimum. Das Großherzogtum Baden bestreitet, daß das Einkommen von 1600 Mark für eine Arbeiterfamilie ungerecht zum Unterhalt ist. Das Gesuch eines seit langem anflassigen, gut deklarierten russischen Arbeiters in Konstanz um Aufnahme in den badischen Staatsverband wurde abgelehnt; in der Begründung heißt es, es fehle der Nachweis dafür, daß der Gesuchsteller seine Familie (Frau und fünf Kinder) bei seinem vollständigen Vermögenslosigkeit und einem Jahresentommen leichtsinnig dem Besitzdienst (der Chefstaat) von nur etwa 1600 Mk. stande. Nun leben in diesem badischen Stadt Konstanz sehr viele badische Kleinbeamten- und Eisenbahnerfamilien, deren Gehalt die Höhe von 1600 Mk. lange nicht erreicht. Es wird nun die Ausgabe der badischen Regierung sein, diese Staatsangehörigen häufig besser zu bezahlen. Im übrigen Baden ist es noch schlimmer, als in den Orten an der Schweizer Grenze, über welche die Leute täglich zu vielen Kaufenden gehen können, um sich billigere Nahrungsmitte in größeren Mengen herab zu holen. Die badische Regierung hat im Bundesrat mitgeholfen, durch eine volksabdingende Zoll- und Steuerpolitik Zustände zu schaffen, die einer Arbeiterfamilie von 1600 Mk. Einkommen die dauernde Ernährung, wie das Bezirksamt sagt, unmöglich machen.

Der Papst für die Todesstrafe. In bürgerlichen Sätzen war jüngst mitgeteilt worden, daß der Papst ein Dokument vorbereitet, in dem er sich gegen die Todesstrafe ausspricht. Dieses Dokument werde allen Staatsoberhäuptern und gehobenden Königschaften zugehen, damit die Idee der Abschaffung der Todesstrafe immer weitere Unterstützung und Verbreitung finde. — Dieser Nachricht tritt nun die „Germania“ entgegen, indem sie feststellt: es wird im Vatikan kein Dokument vorbereitet, welches die Abschaffung der Todesstrafe fordert bzw. befürwortet. — Dennoch ist also der Papst ein Anhänger der Todesstrafe und diese Stellungnahme wundert weiter nicht, wenn man bedenkt, daß gerade die römische Kirche allzeit gegen ihre Widersacher mit Vorliebe die Todesstrafe angewendet hat.

England.

Eine Solidaritätsklärung der engl. Gewerkschaften. Der Trade-Union-Kongress nahm unter großem Beifall einstimmig folgende Resolution an: „Der Kongress wünscht sein volles Einverständnis zu befinden mit den Gefühlen, die die große Friedensdemonstration bestimmt, die am letzten Sonntag in Berlin stattgefunden hat. Er ruft die Arbeiter aller Länder auf, sich zu vereinen, um ein so großes Unglück, wie es ein Krieg zwischen den Nationen wäre, zu verhindern.“

Portugal.

Anerkennung der Republik. Aus Offizien wird gemeldet: Baron Boimber, der deutsche, und Marquis de Villalba, der spanische Gesandte haben von ihren Regierungen bereits die Amtswahl erhalten, die portugiesische Republik anzuerkennen. Sie warten nur noch, bis die diplomatischen Vertreter anderer Länder in denselben Sinne instruiert worden sind, um gemeinschaftlich zu handeln.

Alte politische Nachrichten. Das Urteil gegen den Mittwochskiller Weier wegen Beleidigung des Landrates v. Malhahn, das auf ein Jahr Gefängnis lautete, ist bekanntlich vom Reichsgericht angehoben worden. Die neue Verhandlung wird nunmehr vor der Strafkammer in Stuttgart am 18. Oktober ihren Anfang nehmen. — Eine politische Vereinigung der Feuerwehrstattung forderte allgemeine obligatorische Feuerwehr- und polizeiliche Sicherstellung mit der Erdbevölkerung. — Exklavier, der frühere Redakteur des Verbandsorgans der Bündner, der zuletzt bei den Demokraten gelandet war, kündet in einer politischen Abhandlung vom 1. November d. J. wieder aus der «Frontenlosen Abwendung» aus. — In Frankreich dauern die Unruhen wegen der Lebensmittelversorgung fort. — Auf der politischen Messe in Parisberg lief am Sonnabend der dritte russische Dreadnought vom Stapel.

Parteimeldungen.

Zum Antritt in Stuttgart. Die Parteileitung in Stuttgart protestiert entschieden gegen die tendenzielle Berichterstattung des Pressebüros über die Mitgliederveranstaltung des sozialdemokratischen Vereins Stuttgart am 15. September. Nach der Übergabe der Vereinsleitung wäre eine geordnete schriftliche Abstimmung in der überfüllten Versammlung in später Nachstunde überhaupt nicht möglich gewesen. Die Annahme des Antrages des Redakteurs Röggemann auf schriftliche Abstimmung hätte eine Entscheidung in dieser Versammlung unmöglich gemacht. Der Antrag Reil (Zustimmung zu den Beihilfen der Landesversammlung) wurde von einer so großen Mehrheit abgelehnt, daß selbst Genosse Reil, darüber befragt, keinen Zweifel an der Abstimmung äußerte. Die beiden dann angenommenen Resolutionen fanden in Probe und Gegenprobe mindestens eine Zweidrittelmehrheit.

Eine Arbeitersbildungszentrale in Frankfurt a. M. Die Reichstagswahlkreise Frankfurt a. M., Höchst, Homburg, Offenbach, Hanau, Wiesbaden haben eine Zentralisation des Bildungswesens geschaffen. Die Gewerkschaften und Parteiorganisationen zählen pro Jahr 10 Pf. in eine gemeinsame Kasse, die von einer aus Vertretern der Partei und Gewerkschaften gebildeten Kommission verwaltet wird. Die Zentralstelle vermittelt Kräfte für wissenschaftliche und künstlerische Darbietungen und beabsichtigt, z. B. Bildhauerapparate, zur gemeinsamen Benutzung. Neben der Bezirksszentrale bestehen in den einzelnen Wahlkreisen Kreis-Bildungsschäfte, denen event. Nebenschulen aus der Bezirksschule im Verhältnis zur Zahl der in den Kreisen organisierten Genossen und Gewerkschafter zugesetzt. Der Aufschluß weiterer Kreise an die Bezirksszentrale ist zu erwarten.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Maten! Die Differenzen im Matergewerbe in Wilhelmshaven-Rüstringen sind erledigt und wird dadurch die Aufforderung, den Zugang von Matern nach Wilhelmshaven fernzuhalten, hiermit wieder aufgehoben.

Auspeßung von 400 Arbeiterinnen. Bei der Firma Schneider, Glühlampenwerk in Berlin, sind ca. 400 Arbeiterinnen und 50 Arbeiter aus nichtigen Gründen von der Direktion rücksichtlos ausgeschlossen worden.

Die Situation in der Thüringer Metallindustrie steht auf dem alten Platz. Verhandlungen werden von keiner Seite angeregt.

Zur oldenburgischen Landtagswahl.

Die Wahl findet am Freitag den 29. September statt. Sie ist direkt und geheim. Wahlberechtigt und wählbar sind jeder Deutsche mindestens 21 Jahre, welcher jünger der Wahl das Geburtsjahr vollendet und seit mindestens drei Jahren im Großherzogtum seinen Wohnsitz hat. Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme, eine weitere Stimme hat jeder Wahlberechtigte, der jünger der Wahl das 40. Geburtstag vollendet hat.

Eine lebhafte Wahlbewegung hat nach dem Rücktritt des Gemeindevorstehers Willen von der Kandidatur im Wahlkreis Warel eingelebt. Die Nationalliberalen wie die Bürgervereine hielten am Sonnabend, die Fortschrittskinder am Sonntag Verhandlungen ab. Als Kandidaten



Achtung! Sperre! Achtung!

Ueber die Kornbrennerei u. Preßhefefabrik
::: A.-G. zu Leer in Ostfriesland :::
wird wegen Ablehnung der gestellten Forderungen
die Sperre verhängt!
Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.
Bezirksleitung Hamburg.

Ausweis der Oldenburgischen Landesbank
• mit Filialen in Brake. •
Burg a. F., Burgdamm, Cloppenburg, Eutin, Quakenbrück,
Varel, Wechtrup, Begefarb und Wilhelmshaven
vom 31. August 1911.

Activa.	
Rassenbestand	450 181,89 M.
Wechsel	6 449 864,80 "
Effekten	3 160 376,94 "
Conto-Corrent-Debitor	30 942 665,36
Belohnungs-Conto	14 550 000,—
Bantgebände und Safes-Anlagen	417 217,72
Nicht eingeforderte 60 Prozent des Aktien-Kapitals	1 800 000,—
Diverse	581 723,56
	58 352 035,27 M.
Passiva.	
Aktien-Kapital	3 000 000,— M.
Reservefonds	705 788,08 "
Einlagen:	
Regierungsgelder u. Gut haben öffentlicher Rästen	8 410 920,67 M.
Einlagen von Privaten	36 968 995,42 "
Einlagen auf Ched-Conto	4 058 439,57 " 49 438 364,66 "
Conto-Corrent-Creditoren	2 216 628,21
Diverse	2 988 254,32
	58 352 035,27 M.

Oldenburgische Landesbank.
Merkel. tom Dieck.

Deutsche Nationalbank

Wilhelmshaven
Bismarckstr. 92, Ecke Bismarckplatz.
Telefon 1180.

Aktienkapital u. Reserven ca. 37 Millionen Mark

** Wir vergüteten: **
auf Scheck-Konto (provisionsfrei) 3 Proz.
für Depositen (Spareinlagen) mit
tägl. Kündigung 3½ "
mit halbjährl. Kündigung 4 "

Müllers Markthalle

Göker, Ecke Margarethenstraße.

Einmache-Zwetschen

10 Pfund 95 Pf.

Tel. 542. Herm. Müller. Tel. 542.

Trauerbriefe etc. fertigt an Paul Hug & Co.

Billige Butter

preise sind in diesem Jahre nicht zu erwarten, wie haben aber einen ganz vorzüglichen

Süssrahm-Butter - Ersatz

der als Brotaufstrich, zum Braten, Kochen und besonders zum Backen seine Naturbutter vollständig ersetzt. Im Geschmack ist diese keine Tafelmargarine wie frische Weißbutter und steht jedenfalls der Handbutter keineswegs nach. Um nun diesen Butterersatz noch weiter einzuführen, verabsuchen wir

vom Dienstag den 12. September bis Sonnabend den 16. September

1 Pfund Muldenperle

und **Tafelmargarine**

½ Pfund Blockschokolade

zusammen für

90 pf.

Anton Seetzen, Gökerstr. 33.

Adolf Kuhlmann, Wilh. Str. 51.

** Deutscher **

Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Wilhelmshaven-Rüstringen.

Die nächste Mitglieder-Verzählung findet umsonst statt am

Wittwoch den 13., sondern am

Wittwoch den 20. Septbr.

bei Gökerland, Grenzstr. 38, statt.

Wegen wichtiger Tagesordnung ist

volldringliches und pünktliches Erscheinen

der Mitglieder notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Spar- u. Bauverein Nordenham

c. G. m. b. H.

In der letzten Generalversammlung ist beschlossen worden, den Verein aufzulösen. Ansprüche an die Kasse des Vereins sind bis zum 20. September an die unterzeichneten Liquidatoren einzureichen.

In Liquidation.

Georg Müller, Heinr. Harms.

Dauftagung.

Für die uns erfreulichen Aufmerksamkeiten ausdrücklich unserer Verzählung sagen auf diesem Wege herzlichen Dank.

Karl Stoll und Frau

Griederle, geb. Stoll.



Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Rüstringen-Wilhelmshaven.

Am Freitag den 15. September

findet in Sodenfassers "Tivoli"

unter diesjähriges

Herbst-Vergnügen

verbunden mit Rekruten-Abschiedsteier

statt, bestehend in Konzert, Festrede und Theater sowie nachfolgendem großen Festball.

Kassenöffnung 7,30 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Karten im Vorverkauf 30 Pf.

an der Kasse 40 Pf.

Zu regem Besuch lädt freundlich ein

Die Festkommission.

Trauer-

Kleider u. Kostüme moderne Ausführung
Blusen, Wolle, Seide, Tüll usw., elegante Machart
Röcke, vom einfachsten bis elegantesten
schwarze Paletots, neueste Fassons.

Anderungen innerhalb 4—5 Std. Tadeloser Sieg garantiert.

Bartsch & von der Breite.

Stadttheater

Burg Hohenzollern.

Die vier letzten Gastspiele.

Direction Gustav Michael.

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag

und Freitag:

Abschieds-Gastspiele!

Neu! Hauptoperetten-Schlager.

Die verbotene Braut.

Spielt auf Helgoland.

1. Akt: Adels, flottes Seemannsblut.

2. Akt: Rachtreite auf Helgol.

3. Akt: Das blonde Kind vom Meer.

U.a.: Original-Helgoländer

Tanz.

In Hamburg sensation. Erfolg.

Soziald. Volksverein

für die Stadt Varel.

Zumabend den 16. Sept.

abends 8½ Uhr:

Monats-Versammlung

im Hof von Oldenbaum.

Die Tagesordnung ist eine wichtige,

daher das Erleben sämtlicher Mit-

glieder erforderlich.

Der Vorstand.

Kaiser Wilhelm-Saal

Bismarck- u. Rieler Str. Ede.

Herrn Dienstag

sowie jeden folgenden Dienstag:

Öffentliche Tanzmusik.

Es lädt freundl. ein

Friedrich Hector.

Volksküche in Rüstringen

Weltmarktstraße.

Dienstag: Weiße Bohnen mit Rindfleisch.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag morgen 4½ Uhr starb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Sohn und Bruder

Ernst

im 17. Lebensjahr. Dieses bringt tiefes Leid zur Angehörigen. Rüstringen, 12. Sept. 1911

Friedrich Stoll und Familie.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 14. Septbr., nachm. 2½ Uhr von der Leichenhalle des Altenhauses in Wilhelmshaven aus nach dem Friedhof in Schaar statt.

Todes-Anzeige.

Wester morgen 11½ Uhr starb nach langer Krankheit unsere liebe Tochter u. Schwester **Ema**, im zarten Alter von 12 Wochen. Dies bringt tiefes Leid zur Angehörigen.

Familie **Günther** n. Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachm. 2½ Uhr von der Leichenhalle des Neuen Friedhofs aus statt.

Beilage.
25. Jahrg. Nr. 213.

Norddeutsches Volksblatt

Dienstag
den 12. Septbr. 1911.

Die Frauen und die Reichstagswahlen.

Genossin Zeitlin behandelte das Thema: Die Frauen und die Reichstagswahlen am zweiten Tage der sozialdemokratischen Frauenkonferenz in großräumiger Weise. Sie sagte: Mein Referat soll nicht etwa eine Fanfare sein, nicht unter Frauenkonferenz, die Tagesarbeit hat in den Proletarierinnen Empörung gegen den Kapitalismus und Begeisterung für den Sozialismus zu erwecken. Es fehlt uns nicht an Gefühl und Begeisterungsfähigkeit, wohl aber an Nachdruck, Bestimmtheit und dem richtigen Erfassen der Geistesspitze für die Beurteilung des politischen Kampfes. Sozialistisch wird sich der bevorstehende Reichstagswahlkampf zu einer richtig aufgeweckten Kampfeswelle zwischen den bestehenden und den ausgebauten Klassen erheben. Und die Gegenseite zwischen den politischen Parteien werden verschwinden hinter dem einen großen Klassengegenzug zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Sehen wir doch, wie in Rheinland-Westfalen die lachsgelbblauen Zentrums-Brüderklasse mit den kulturländlichen Nationalliberalen austauschen, lediglich, um die Sozialdemokratie niederzuwerfen. Nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch der Fortschritt sucht immer mehr Anschluß nach rechts und mehr, als es vorher werden in diesem Wahlkampf die großen wirtschaftlichen Organisationen eingreifen. Denken Sie an den großen Korruptionskongress des Zentralverbandes der Industriellen, denken Sie daran, daß auch der Handelskongress den Kampf gegen die Sozialdemokratie will. (Heiterkeit.) Denktungs! Wie steht es unter solchen Umständen mit dem Kampf gegen den schwarz-blauen Block? Seldskreden müssen wir alle Kräfte zur Überwindung des schwarz-blauen Blocks anstrengen. Aber dieser Kampf erfordert unsere Aufgaben nicht. Wir Frauen, die wir eine noch größere Rechnung zu begleichen haben, als das männliche Proletariat, wir haben wahrlich kein Interesse an der Wiederherstellung des konservativ-liberalen Blocks. War nicht Fürst Bülow, der für die dem Volke angekündigte Hungelecke des Zollkongresses von 1902 die Füllstielte erhielt, der Rangier der Hottenottentumwahlen, bei denen alle Parteien gegen uns aus dem Arsenal des Reichsverbandes geschobt haben? Sollen wir Frauen etwa wegen des Reichsvereinigungsabsturz sehn? Es trifft uns als Mütter durch die Verbote gegen die Jugendlichen, es hindert uns, zu den fremdländischen Arbeitern, die von dem Kapital als Schmuggelflotten ins Land gezogen werden, in ihrer Muttersprache zu reden. Die sogenannte Reform des Majestätsbeleidigungssatzes ist ein gebläßiges Klassengesetz gegen Preuß und Verfilmungsländer des kämpfenden Proletariats. Und die Reichsfinanzreform ist nur darum nicht als Kind des konservativ-liberalen Blocks ins Leben getreten, weil die Konservativen sich weigerten, dem schamlosen Raube des Feigenblätters des Reichsstaates vorzutreten. (Sehr wahre!) Je mehr der Kapitalismus vorschreitet, desto arbeiterfeindlicher wird der Liberalismus. Der Liberalismus verfolgt völlig im Kampf um die Demokratisierung Deutschlands. Der Donner der Novemberberufe ist ein bloßer Theaterdramme gebildet. Sicherlich haben wir an den Liberalen keine Freunde, wie ich beim preußischen Wahlkampf gezeigt habe. Hat doch die rückwärtige Fortspartie sich geweigert, die Forderung des gleichen Rechts für Männer und Frauen in ihr Programm aufzunehmen. (Sehr, hört, hört)

Der Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie vollzieht sich nicht nur im Liberalismus, sondern auch im Zentrum. In Wirklichkeit ist heute das Zentrum eine großkapitalistisch-großagratische Partei. Der scharf oppositionelle Charakter des Zentrums ist längst verschwunden, wie die schwarz-rot-goldene Ideologie des Liberalismus. Aber immer-

hin hat das Zentrum noch eine Ideologie zur Verfügung, durch die es breite Massen zu fesseln versteht, während der größte Teil des Bürgertums abgerissen ist in das Lager der scharfmärschischen Nationalliberalen, ein anderes im Lager der rückwärtigen Fortspartie (Fortschritt) steht und die Kleindörfer und Kleinbauern ihr Heil in revolutionären Utopien suchen. Das Zentrum aber bleibt eine "Fortspartheid" in dem verschwommenen Sinne von früher. Man könnte sagen, daß im Zentrum der Block von Bethmann bis Babel Wirklichkeit geworden sei. (Heiterkeit.) Im Zentrum sieht man alles, von den Großagrariern und den Scharfmärschern bis zu den ausgebauten Proletariern. Nur die religiöse Ideologie kommt diese widersprechenden Elemente zusammenhalten. Je mehr aber das Zentrum eine großkapitalistische Partei ohne Phrasen zu werden beginnt, desto mehr werden seine demokratischen Elemente zurückgedrängt. Die Arbeiterschaftlichkeit des Zentrums hat sich aufs greiste erst wieder bei der Reichsversicherungsordnung entfaltet.

Die gewaltige kapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat auch gewaltig die Klassengrenzen verhärtet. Aus einem Agrarland ist Deutschland ein Industrieland geworden. Die agrarische Politik der Regierung ist daher ein Verbrechen an der Bevölkerung, zumal sie nicht einmal der großen Mehrzahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugute kommt.

Immer schärfer auf allen Gebieten des Erwerbslebens tritt der Gegenzug in die Erscheinung zwischen denen, die viel haben, und denen, die nichts haben, und aus dieser Entwicklung erklärt sich, daß das ganze politische Leben in Deutschland immer mehr vom Imperialismus beherrscht wird, von der blauäugigen Erwerbs- und Weltpolitik, wie sie augenfällig in der Marcolpolistik zutage tritt. (Sehr, sehr!) Je mehr der Klassengegenzug sich verschärft, desto mehr werden die herrschenden Klassen gezwungen, Abzug im Auslande zu suchen, nicht etwa, weil die Massen im Innlande haben, was ihnen gehört, sondern weil die Massen nicht lauffähig sind. Und weiter läuft es als der Imperialismus, daß die Regierenden den nationalen Gegenstand gebrauchen, um die ausgebauten darüber zu täuschen, daß der Feind im eigenen Lande steht, daß sie von dem eigenen Volksgenossen ebenso rücksichtslos ausgebaut werden, wie etwa in uns Land fallenden Franzosen und Russen. Und da ferner die Produktionskräfte eine Entwicklung genommen haben, die sie fortwährend gegen ihre Fesseln rebellieren läßt, so erblühen die herrschenden Klassen in den Ablösungen bis zum Weltkrieg der Völker ein Mittel, die Produktivkräfte lähmzulegen. Der Imperialismus versöhnlichend das, was von Zeit zu Zeit die Arten bewerkstelligen, indem er produktive Werte vernichtet. Der Imperialismus erwies sich als die Reizungsplante, an die sich der Kapitalismus anstimmt, und der Reichsanziger von Bethmann-Hollweg sprach im Sinne der bürgerlichen Klassen aller Nationen, als er den Anträgen auf Abstimmung ein starker Nein entgegensezte.

Gedacht wie Frauen haben alle Veranlassung, gegen die imperialistische Politik anzukämpfen. Der Imperialismus bedeutet nicht nur eine Gewaltspolitik nach außen, sondern auch eine reaktionäre Inlands-politik. Der Imperialismus schlägt die gepanzerte Kugel auch dem heimischen Proletariat ins Gesicht. Wenn aus seiner eroberungswilligen Politik ein Weltkrieg entsteht, dann sind es Proletarienknoten, die sich zu Bergen anstreben. (Sturm, Zustimmung.) Der Imperialismus verstärkt auch die Macht der Unternehmensorganisation. Wir haben sie ja bei der Reichsversicherungsordnung an der Arbeit gesehen, wie sie verstanden haben, allen sozialen Fortschritt zu hintergehen. (Sehr, wahre!)

Das Streben nach Aufrechterhaltung der imperialistischen Politik wird ergänzt durch den Widerstand gegen die For-

derung gleichen politischen Rechtes. In allen Ländern, selbst in England, geht der Imperialismus Hand in Hand mit einer Stärkung des Monarchismus. Bei uns will er vollends als Verstärkung der persönlichen Regierung. Ich erinnere an den Chinesischen und erinnere an den Panzerzug nach Afrika, der geschah, als die Reichstagsabgeordneten wie Schulungen in die Ferien geschickt waren.

In dem Kampf um das Wahlrecht in Preußen, um die Demokratisierung der Regierung, an dem Eintritt in die Republik, sind wir Frauen hervorragend interessiert, denn nur in dem Maße, wie dieser Kampf erfolgreich ist, können wir hoffen zu freien Bürgerinnen aufzusteigen. (Sehr, sehr!)

Wir haben unsere Agitation unter den berufstätigen Frauen zu verzehnfachen, aber wie haben namentlich auch intensiver, als bisher, unter den Hausfrauen eine politische Agitation zu entfalten. Die Lebensmittelversorgung, die Beweitung des Süßlings- und Mutterhauses, besonders von der Partei, die das Bild der Himmelsmutter und des Himmelsvaters mit Edelsteinen schmückt, aber dem Mutter- und Süßlingslauf verweigert, folzulagen des Stoch-im-Stalle von Bethlehem verweigert, bietet uns Handhaben genug. Ferner müssen wir unsere Agitation unter den Landarbeiterinnen entfalten. Die Genossin Zeitlin sollte die Initiative verbleiben zur Ablösung einer Brochette zur Agitation unter den Landarbeiterinnen. Und dann müssen wir darauf hinarbeiten, Eingang in die Kreise der katholischen Arbeitersinnen zu erhalten. Hier genügt nicht nur die praktische Gegensatzarbeit, sondern wir müssen ihnen eine großartige Ideologie, ein Endziel dringen, das sie begreifen. Wir müssen ihnen klar machen, daß das, was die religiöse Ideologie des Christentums leisten sollte, die sozialistische Weltanschauung wirklich leistet. (Sturm, sehr!)

So eindrücklich warlich der parlamentarische Kampf ist, er allein wird nicht die Entscheidung für das Proletariat bringen. Innerer mehr wird sich der politische und gewerkschaftliche Kampf an der Abstimmung des Parlaments abspielen und da können wir unsere Schlachten nur siegreich schlagen, wenn auch die aufgelärmten und organisierten Frauen hochnahen Anteil am Kampf nehmen. (Sturm, Zustimmung.) Es ist uns ja nun gelagt worden, die Frau soll in der Stille des häuslichen Lebens wirken (Heiterkeit). Wir sind vor kurzem an die Verherrlichung des häuslichen Lebens erinnert worden, wie sie Arbeitnehmer durch Paradesitte vor ihren Regimentern zu vollbringen pflegen. (Sehr, sehr!) Wir appellieren nicht, wie die bürgerlichen Frauen, vor den schleierunterstützten an den besser zu unterrichtenden Kaiser und wir freuen auch nicht zu Kreuze, wie es nach dem Tun von Marwitz so hochfliegende Lüste getan hat, als ihr Gatte ihr einen Strichtrumpf in die Hand drückte. Die gewaltige ziemlich spannende sozialistische Ideologie lebt, doch wie von isolierter Rolle sind, die Königin, Adelignen mögen zu Kreuze kriechen, sozialdemokratische Frauen kriechen nicht zu Kreuze. Wir kämpfen für den Umlauf, für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, in den Überzeugung, daß, wenn in fernem Zeiten die Namen aller Fürsten, auch der althergebrachten Königin Lüste, längst verworben und vergessen sind, wie in unserem West, mag auch kein einziger von uns genannt werden, als die sozialistischen Frauen unfehlbar sein werden. Wir werden weiter leben in dem Bau der sozialistischen Ordnung. (Sturm, langanh. Beifall.)

Auf Antrag der Genossin Pollendorf-Leipzig wird einstimmig beschlossen, von einer Diskussion Abstand zu nehmen, um den diesen Eindruck dieses Referats nicht abzuschwächen.

Hafenstürme.
Roman von W. W. Jacobs.
(Nachdruck verboten.)

Am folgenden Tage dampfte die "Fortuna" unter ihrem neuen Kommandanten ab. Herr Willens sah von Kai aus zu und der neue Steward, der ihn bemerkte, kam an die Reling. Er hielt ein altes Witschus zwischen Daumen und Zeigefinger in die Höhe, bis er die Aufmerksamkeit des Zuschauers erregt hatte, dann ließ er es mit allen Anzeichen der Überlebenden Eels über Bord fallen. Ob dem ehemaligen Steward eine passende Antwort einfiel, war der Dampfer schon eine halbe Meile entfernt, und die außerordentlich und unnatürlich ausdrucksvolle Panomime, welche er am Kai aufführte, wurde von einem nervösen Menschen in einem Segelboot bitterlich missverstanden.

Auch Ernst Thießen hatte das Schiff auslaufen sehen und beobachtete es von seinem Sitz am äußersten Ende des Hafendammes, bis es fern am Horizont verschwand. Dann ging er nach dem Stadt zurück, und zwar auf dem nächsten Wege nach dem Konditor, und wandte sich dann heimwärts. Zur selben Zeit wartete Fräulein Schumann, welche mit ihrer Tante einen Besuch machen wollte, hübsch angezogen im Vorbergarten, während die genannte Dame ihre Vorbereitungen beendete.

Sie kam sich funkelnden vor, fühlte sich aber noch etwas unbehaglich wegen Annas unglaublicher Eleganz; denn dieses Mädchen hatte sie gefaßt, als ob sie eine Tüschwelle vor sich hätte. Langsam ging sie den Gartenpfad auf und nieder. Bei solchen Gelegenheiten, bei denen sie in voller Gora war, pflegte gewöhnlich der Geist der Sabbathruhe auf sie herabzusieben und sie vor Seiten-

prüngungen zu bewahren, zu denen sie in etwas ungezwungenen Kleidung neigte.

An der Pforte stand sie still und blickte auf die Straße. Dann wurde sie plötzlich rot und verzweifelt. Sie mit einem raschen, noch etwas geworfenen Blick, die Tür zur Diele offen stand. Der verblühte Spindling des Hauses Thießen kam die Straße entlang, und angstlich dieses Tafelache vergaß sie alles andere — sogar das gute Benehmen.

Der Knabe, noch ganz unter dem Eindruck, daß er seinen natürlichen Geschlechter verloren hatte, warf ein wahnsames Auge auf das Haus, als er sich demselben näherte. Jetzt wischte jedes Ausdruck aus seinem Bilden, und er ging an der Gartentür vorbei, wobei er das kleine Mädchen, welches sich herüberlehnte und augenscheinlich an einer gefährlichen Jungenschwelling litt, schlechzig ignorierte. Er läßt gelassen weiter. Fräulein Schumann aber, die innerlich rötete, daß sie sich nunlos ungenug benommen hatte, zog ihre Zunge wieder ein, um sie zu legitimieren Zwecken zu gebrauchen.

"Huh!" krähte sie, "wer ist an seinen Haaren gezogen worden?"

Der junge Thießen sah in gleicher Haltung seinen Vater.

"Wer ist bange, mir zu antworten aus Angst, daß mein Vater ihn durchprügeln wird?" rief die enttäuschte junge Dame mit lauter Stimme.

Das war zu viel! Der Feind lenkte seine Schritte rückwärts und trat an die Gartentür.

"Du bist ein unartiges kleines Mädchen," sagte er mit unerträglich altlanger Stimme.

"Wer ist an seinen Haaren gezogen worden?" fragte Fräulein Schumann von neuem, wild umhertanzend. "Wer ist an seinem Haar gezogen worden?"

"Sei nicht albern!" meinte der junge Thießen. "Da! Und damit stieß er seine Hand in die Tasche, brachte einige Nüsse hervor und bot sie ihr über die Pforte an. Da aber hörte Fräulein Schumann mit ihrem Umherstreifen auf, und ein grimmer Zorn fügte sie, daß ihr Widerjäger den Ernst der Lage so mißverstehen sollte.

"Geh weg von unserer Pforte," tönte sie, wenn mein Vater Dich sieht, dann jollst Du mal sehen!"

"Pah!" meinte der Lehnstoker. Er sah noch dem Hanse hin, und schritt dann, die Pforte öffnend, lächelnd in den Vorbergarten. Noch bevor er eindrang, zog sich Fräulein Schumann zurück und schlug lärm, lief dann nach den Stufen vor der Haustür und sah von dort aus mit Bangen auf ihn. Dann lächelte sich ihr Antlitz plötzlich auf, und über seine Schulter bliebend, sah der junge Thießen, daß ihm der Rückzug von Herrn Willens abgeschnitten war.

"Vah ihn mir nichts tun, Peter," bat Fräulein Schumann lächelnd.

Herr Willens kam in den Garten und machte die Pforte hinter sich zu.

"Ich wollte ihr ja gar nichts tun," schrie der junge Thießen ärgerlich, "als ob ich mich überhaupt an einem Mädchen vergreifen würde!"

"Was tuft Du denn sonst in unserm Vorbergarten?" fragte ihn Herr Willens.

Pötzlich sprang er vorwärts, ergreifte den Knaben mit einer seiner ungeheuren Hände am Kragen und schleppte den sich heftig Wehrenden in den Hintergarten. Fräulein Schum-



Bekanntmachung.

In der Stadt Rüstringen werden
1911/12 geboten:

Gemeindesteuer:

- a) von den Bewohnern der engeren Stadt
 - 1. nach dem Einkommensteuer 192 %,
 - 2. nach dem gemeinen Wert des Grundbesitzes 3 1/2 %,
- b) von den Bewohnern des Stadtgebietes
 - 1. nach dem Einkommensteuer 190 %,
 - 2. nach dem gemeinen Wert des Grundbesitzes 2 1/2 %,

c) für die in der engeren Stadt und in dem zum Kanalisationsgebiet gehörenden Teil des Stadtgebietes belegenen Gebäude: Kanalisationsumlage 8 % des stadtseitigen Wertes.

Kirchensteuer:

- a) für die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Bant
 - 1. nach dem Einkommensteuer 24 %,
 - 2. nach dem gemeinen Wert der Grundbesitzes 0,2 %,
- b) für die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Heppens
 - 1. nach dem Einkommensteuer 12 %,
 - 2. nach dem gemeinen Wert des Grundbesitzes 0,1 %.

Die Gebungsstätte liegen vom 11. d. M. ab auf 14 Tage in der Stadtkämmerei, Bismarckstraße 7, zur Einsicht aus.

Gebungsstage sind zugleich für die Einkommensteuer im 1. Halbjahr für Zahlungsfähige, deren Namen begonnen mit

- A, C u. D der 23. September
- B 25.
- E und F . . . 26. "
- G 27. "
- H 28. "
- J 29. "
- K 3. Oktober
- L 4. "
- M u. N . . . 5. "
- O u. P . . . 6. "
- R 7. "
- Sch. 9. "
- S 10. "
- T, U, V . . . 11. "
- W bis Z . . . 12. "

An anderen als an den für sie bestimmten Tagen erscheinende können auf Abfertigung nicht rechnen.

Rüstringen, den 8. Sept. 1911.

Stadtmagistrat.

Runde.

Bekanntmachung.

Wir rufen zum sofortigen Antritt für unsere Finanzabteilung (Rechnungsbüro, Steuerkassen usw.) einen

Büroassistenten.

gehalt 1800 M., steigend in den ersten 6 Jahren um jährlich 80 M., dann um 100 M., bis 3200 M. Wohnungsgeld wird nicht gewohnt. Die Stelle ist mit Anprud auf Höhe gehabt (in den ersten 10 Jahren 50 Proz., für jedes folgende Jahr 1 Proz. mehr bis 90 Proz.) und Unterbleibenden-Vergeltung verbunden. Die Anstellung ist während der ersten 6 Jahre eine widerlässliche.

Angrechnung von Dienstzeit ist bei besonderer Begründung nicht ausgeschlossen.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen (besonders über bestandene Prüfungen) erbeten wir uns bis zum 15. September d. J.

Rüstringen, den 7. Sept. 1911.

Stadtmagistrat.

Dr. Euelken.

Prima Dobbermänner

mit la. Stammbaum zu verkaufen, nachweislich wurden Tiere aus meiner Zucht als Polizeihund, sowie in Schönheit höchst prämiert.
Goesch, Rüstringen,
Bismarckstr. 128.

Zu verkaufen
eine Holztreppe, passend für Ein-
familienhaus (1 Etagenhöhe). Zu er-
fragen: Werftstraße 55. 1.

Bekanntmachung.

Am Freitag den 29. September d. J.

findet die Neuwahl von Abgeordneten zum Landtage des Großherzogtums statt. Um 8 Uhr beginnen die Wahlkästen, um 11 Uhr vormittags und wieder um 8 Uhr abends geschlossen.

Gemäß § 8 des Wahlgesetzes vom 17. April 1909 werden die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Namen der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter und die Wahlräume hierunter bekannt gemacht.

Rüstringen, den 9. September 1911.

Der Wahlleiter für den 8. Landtags-Wahlkreis.
Uhldorn, Amtshauptmann.

Wahlkreis 8.

Wahlbezirk 1: Umfahrt den südlich der Eisenbahn und westlich der Mittellinie Werftstraße und Hafenstraße belegenen Teil der früheren Gemeinde Bant.

Wahlvorsteher: Kaufmann Georg Auen, Werftstraße 6.
Stellvertreter: Buchhändler Christian Wiedmann, Werftstraße 3.
Wahlraum: Löden.

Wahlbezirk 2: Umfahrt den südlich der Eisenbahn und östlich der Mittellinie Werftstraße und Hafenstraße belegenen Teil der früheren Gemeinde Bant.

Wahlvorsteher: Kaufmann Alfred Reimer, Wilhelmshaven, Straße 61.
Stellvertreter: Kaufmann Paul Nielsche, Wilhelmshaven, Straße 23.
Wahlraum: Alter Bahnhof (Zeller).

Wahlbezirk 3: Umfahrt die Barten, Jeversch, Barelter, Eisenbahn-, Majen- und Margaretenstraße, von der Lindenstraße die Häuser 1–13 und den Schülhof, von der Wilhelmshavener Straße die Häuser 100 bis 158, von der Werftstraße die Häuser Nr. 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32 und 34; die frühere Oldenburger Straße ganz; vom Bantner Weg die Häuser 4 bis 11 und von der Genossenschaftsstraße den früheren Bantner Teil südlich der Peterstraße.

Wahlvorsteher: Kaufmann Johannes Rabe, Blumenstraße 3.
Stellvertreter: Schlosser Wilhelm Thiede, Peterstraße 46.
Wahlraum: Burendienst (Brentmann).

Wahlbezirk 4: Umfahrt den früheren Bantner Ortsteil Sedan mit den Häusern Banteiweg 1 bis 4, den früheren Bantner Teil der Geisenhoffenstraße nordwestlich der Peterstraße, den Teil der Lindenstraße von Nr. 15 bis 33, von der Werftstraße die Häuser Nr. 15, 17, 19, 21, 23, 25, 27, 29, 31 und 33 bis 101; die Blumen- und Anton Müllerstraße, die Wilhelmshavener Straße zwischen Meyer Weg und Werftstraße, die Börsenstraße westlich der Börsenstraße, Mellumstraße Nr. 27 und 34, die Brunnstraße, die Häuser in Meier, die Bordum-, Oloeooge-, Otto Meny-, Leßing- und Lübecker Straße, die Bremmer Straße von 42 bis 79, Peterstraße Nr. 51 und 63 und Uhlandstraße Nr. 28 und 30.

Wahlvorsteher: Lehrer Wilhelm Spieler, Bördumstraße 2.
Stellvertreter: Maurer Karl Bürgmann, Altenstraße 18.
Wahlraum: Rathaus I.

Wahlbezirk 5: Umfahrt die Teile der Wilhelmshavener und Börsenstraße zwischen der Preußischen Grenze und dem Meyer Weg, die Mittelstraße südlich der Schule Nr. 30, die Peterstraße von Nr. 1 bis 27, die Mittelstraße von Nr. 1 bis 13, die Grenzstraße von Nr. 1 bis 20 und die Thielstraße.

Wahlvorsteher: Holzhändler Georg Thaden, Peterstraße 15.
Stellvertreter: Zimmermeister Gerhard Gerdes, Peterstraße 11.
Wahlraum: Jeverländer Hof (Rath).

Wahlbezirk 6: Umfahrt Börsenstraße Nr. 25 bis 60, Mellumstraße Nr. 1 bis 26 und Nr. 28 und 30, Uhlandstraße 1 bis 12, Goethestraße Nr. 1 bis 10, Schlesierstraße Nr. 1 bis 22, Peterstraße Nr. 28 bis 48, Meyer Weg Nr. 1 bis 16.

Wahlvorsteher: Lagerhalter Louis Bohle, Grenzstraße 30.
Stellvertreter: Maurermeister Johann Siemer, Peterstraße 20.
Wahlraum: Börgerheim (Fritz Rath).

Wahlbezirk 7: Umfahrt die Grenz- und Mittelstraße nordwestlich der Peterstraße, die Mittelstraße nordwestlich der Bremer Straße, die Bremer Straße Nr. 1 bis 33, die Mengel- und Rüstringer Straße, die frühere Bantner Seite der Bismarckstraße von Nr. 1 bis 31, die Herren- und Wacholderstraße und die Häuser der Hasenstadt; die Neubremen-Schulen und Lehrerwohnungen mit Ausnahme der Schule an der Schulenkirchstraße.

Wahlvorsteher: Kaufmann Max Lippmann, Peterstraße 51.
Stellvertreter: Gauwirke Karl Wenne, Wilhelmshavener Straße 4.
Wahlraum: Hatweland's Wirtshaus.

Bekanntmachung.

Am Freitag den 29. September d. J.

findet die Neuwahl von Abgeordneten zum Landtage des Großherzogtums statt. Um 8 Uhr beginnen die Wahlkästen, um 11 Uhr vormittags und wieder um 8 Uhr abends geschlossen.

Gemäß § 8 des Wahlgesetzes vom 17. April 1909 werden die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Namen der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter und die Wahlräume hierunter bekannt gemacht.

Rüstringen, den 9. September 1911.

Der Wahlleiter für den 9. Landtags-Wahlkreis.

Dr. Willers, Regierungsassessor.

Wahlkreis 9.

Wahlbezirk 8: Umfahrt den von der Mittellinie des Ullendorfer Weges, der Kirchreihe, der früheren Gemeindewege gegen Heppens und der Bismarckstraße eingeschlossenen Gemeindeteil.

Wahlvorsteher: Kaufmann Hugo Menken, Bismarckstraße 1.
Stellvertreter: Schlosser Johann Müller, Odde Wientenstraße 4.

Wahlraum: Deutsche Schule (Goethe-Schule).

Wahlbezirk 9: Umfahrt den Rest der früheren Gemeinde Neuende, abgesehen von dem unter 8 und 10 beschriebenen Bezirken.

Wahlvorsteher: Landwirt Adolf Lauts, Schaer 134.
Stellvertreter: Kaufmann Paul Sabath, Neuende 95.
Wahlraum: Neenes Wirtshaus, Schaer.

Wahlbezirk 10: Umfahrt die Ortschaften Rüsterfiel und Neuengroden; die westliche Grenze verläuft von der früheren Heppenser Grenze längst der Heide bis zur Kreuzel, die einschließlich von dort längs des Fortifikationsgeleises bis zur Umsangstraße und in gerade Richtung zur Gedderwerdergrenze.

Wahlvorsteher: Kaufmann und Schlosser Bruno Mütterling, Stadtwallstraße 120.
Stellvertreter: Schiffsamtmannvorarbeiter Joh. Möhle, Kirchreihe 20.

Wahlraum: Stichmers Wirtshaus, Neuengroden.

Wahlbezirk 11: Umfahrt den nördlich des Wahlenweges belegenen Teil der früheren Stadt Heppens einschließlich Gedelnstraße und Kaastrasse östlich des Schulstraßen, die Eilenburgstraße, die Olden- und Mühlstraße südlich der Gedelnstraße, die Eilenburgstraße und die Südseite des Wahlenweges östlich der Schulstraße.

Wahlvorsteher: Rentner Karl Hinrichs, Oldenstraße 26.

Stellvertreter: Schuhmachermeister Bernh. Schmidt, Eilenburgstraße 26.

Wahlraum: Rathaus 2.

Wahlbezirk 12: Umfahrt die Schulstraße beiderseits von Nr. 1 bis zum Wahlenweg und den zwölfsten Wahlenweg, Schulstraße Wilhelmshavenergrenze und der früheren Neuender Grenze belegenen Stadtteil.

Wahlvorsteher: Kaufmann Dietrich Oltgens, Holtermannstraße 30.

Stellvertreter: Schuhmachermeister Simon Voeh, Ullendorfstraße 3.

Wahlraum: Scholde Wirtschaft.

Wahlbezirk 13: Umfahrt den südlich der Gedelnstraße und westlich der Schulstraße, ausschließlich dieser Straße und einschließlich des Bebauungsgrundstückes belegenen Stadtteil.

Wahlvorsteher: Klempner Gustav Grüninger, Müllerstraße 25.

Stellvertreter: Tischler Otto Holtz, Paulstraße 9.

Wahlraum: Sadermaier Wirtschaft.

Wahlbezirk 14: Umfahrt den Stadtteil Altheppens.

Wahlvorsteher: Fabrikarbeiter Heinrich Stamm, Eilenburgstraße 11.

Stellvertreter: Lagerhalter Paul Pfeiffer, Einigungstraße 18.

Wahlraum: Detenas Wirtschaft.

Zentral-Theater

Delmenhorst.

Hervorragendste Kunstlichtspiele hier am Platze.

Achtung! Achtung!

Von Dienstag den 12. September bis inkl.

Freitag den 15. September:

Die Opfer des Alkohols.
Grosses soziales Drama in 2 Akten.
von B. Gerand. Länge ca. 800 m.
Spieldauer ca. 50 Minuten.

Ferner das übrige Kunst-Programm!

Anfang täglich 7 Uhr abends.

Die Direktion: H. Witte.

Achtung!

Heute Montag: Berlin lebend. Jade-Buff
am Kanal, in der Nähe des Schlachthofes. Wehr. Barwick, Fischer.

Speise - Kartoffeln
Einige Beatner gute
billig abgegeben.
von Halle, Rüstringen,
Griesenstraße 41, Telefon 212.